

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
11.11.2008

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow (bis 18.50 Uhr)
Frau Kammeier (bis 19.00 Uhr)
Frau Osthus
Herr Michael Weber
Herr Dr. Zillies (bis 19.15 Uhr)

SPD

Herr Donath
Herr Garbrecht
Frau Schneider
Frau Weißenfeld (bis 18.40 Uhr)
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 18.30 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany (bis 18.50 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat
Herr Heuer Beirat für Behindertenfragen
Frau Huber Seniorenrat

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Herr Wörmann Stab Dezernat 5
Frau Schröder Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Schriftführung

Herr Litke Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Gäste:
Frau Neumann

Psychologische Frauenbe-
ratung e.V.

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Darüber hinaus schlägt sie vor für die heutige Sitzung Herrn Litke vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - zum Schriftführer zu bestellen.

Beschluss:

Herr Litke wird für die heutige Sitzung zum Schriftführer bestellt.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.10.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

- abgesetzt -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Sitzungstermine 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist auf die mit der Einladung versandte Übersicht über die Sitzungstermine des Sozial- und Gesundheitsausschusses 2009 hin. Auf Nachfrage von Herrn Weber (SPD) erläutert sie, dass im Januar 2009 zwei Sitzungen geplant seien, damit die Haushaltsberatungen termingerecht erfolgen können.

Zu Punkt 2.2

Angemessener monatlicher Barbetrag für Bewohner stationärer Einrichtung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Schulz weist darauf hin, dass die Weihnachtsbeihilfe für das Kalenderjahr 2005 aufgrund neuerer Rechtsprechung nachträglich an Bewohner stationärer Einrichtungen in Bielefeld gezahlt werde; der Landschaftsverband Westfalen Lippe verfare auch so. Es handele sich um ca. 470 Fälle in Bielefeld; pro Fall würden 36 € gezahlt. Für die Jahre 2006 und 2007 sei die Weihnachtsbeihilfe bereits ausgezahlt worden. Herr Garbrecht schlägt vor, dieses in einer Presseveröffentlichung darzustellen.

Zu Punkt 2.3 **Eröffnung Tierpension**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage informiert, dass die Tierpension am 21.11.2008 eröffnet werde.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 **Prävention und Beratung von Essstörungen bei (jungen) Frauen**
-Berichterstattung für den Zeitraum 01.01. - 30.09.2008-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Frau Neumann von der Psychologischen Frauenberatung e. V. und bittet um ihren Bericht. Anhand einer Lichtbildpräsentation (**Anlage 1**) stellt Frau Neumann Hintergründe, unterschiedliche Typen und Auswirkungen von Essstörungen vor. Sie beschreibt im Übrigen die Präventionsaktivitäten der Psychologischen Frauenberatung e. V. in Bielefeld im Zeitraum 01.01.-30.09.2008. Daraus einige Schlaglichter:

- Ab einem Alter von 14 Jahren sind Mädchen bzw. Frauen doppelt so häufig von Essstörungen betroffen wie gleichaltrige Jungen bzw.

- Männer;
- Je nach Typ der Essstörung (Anorexie, Bulimie, Binge Eating, Adipositas) ist das Eintrittsalter völlig unterschiedlich;
 - Risiko- bzw. auslösende Faktoren sind u. a. psychische Belastungen, Trennungs- und Verlustereignisse, Gewalterfahrungen, Diäten, Leistungsdruck durch Schönheitsideale;
 - Es gibt Zusammenhänge zwischen der Zugehörigkeit zu einer sozio-ökonomischen Schicht und dem Typ der darin am häufigsten auftretenden Essstörung;
 - Essstörungen sind oft mit Süchten verbunden bzw. begünstigen deren Entstehung;
 - Informations- und Präventionsaktionen der Psychologischen Frauenberatung in 2008:
 - o Postkarten- und Plakatkampagne
 - o Schaufensteraktion „BildSchöneFrauen“ in der Bielefelder Innenstadt
 - o weitere Ausstellungen (BKK, Mädchenfachtag, Laborschule)
 - o am Frauen-Stadtrundgang nahmen ca. 50 Frauen teil
 - o 150 Schülerinnen und Schüler waren im Theaterprojekt
 - o Zusammenarbeit mit sieben Bielefelder Haupt- bzw. berufsbildenden Schulen
 - o Presseberichte, ein Elternabend, eine Multiplikatorenschulung

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Osthus, Frau Cascante-Maristany und Frau Dr. Ober. Es besteht Übereinstimmung darin, dass der Prävention von Essstörungen eine große Bedeutung zukomme. Auf Nachfrage, wie es mit den begonnenen Präventionsaktionen weitergehe, weist Frau Neumann darauf hin, dass ein Haushaltsantrag für einen Zuschuss in 2009 gestellt worden sei. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fragt nach der Unterstützung durch Krankenkassen. Frau Neumann berichtet dazu, dass eine Krankenkasse die Schaufensterfiguren für das Projekt „BildSchöneFrauen“ finanziell gefördert habe; die Prävention und die Beratung werde aber ansonsten nicht von den Krankenkassen gefördert.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage dankt Frau Neumann für den interessanten Bericht.

Zu Punkt 6

Finanzbericht des Dezernates 5 - III. Quartal 2008 - Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6044/2004-2009

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

5. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6022/2004-2009

Frau Schulz erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung. Sie macht u. a. darauf aufmerksam, dass im Rahmen des Projektes „Unterkünfte – besser (ist) wohnen“ bereits über 380 Unterkunftsplätze abgebaut und dadurch erhebliche Kosten eingespart worden seien. Verbleibende Unterkünfte (u. a. Heckstr. 22 und Kreuzstr. 5) seien umfassend modernisiert worden, so dass eine Anpassung der Benutzungsgebühr (Grundgebühr und Verbrauchsgebühr) erforderlich werde.

Nach Fragen von Frau Kammeier und Herrn Weber (SPD) führt Frau Schulz aus, dass in den Betriebskosten entsprechend der Betriebskostenverordnung im Wesentlichen die Heimbewirtschaftungskosten (u. a. Grundsteuer, Müllabfuhr, Entwässerung, Heimwartkosten) mit abgerechnet würden. Die unterschiedlichen Grundkostendeckungsgrade erklärten sich, weil bei der Berechnung der Grundgebühren die Stadt Bielefeld Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner nehme. Herr Garbrecht fragt, ob eine Unterkunft für ausländische Flüchtlinge in Bielefeld überhaupt noch benötigt werde zumal die Landesstelle Unna-Massen geschlossen würde. Frau Schulz erläutert, dass eine Unterkunft zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge vorgehalten werden müsse, da eine vollständige Wohnraumversorgung für diesen Personenkreis nicht immer möglich sei; so sei es z. B. schwierig, Wohnungen für große Familien zu finden. Im Übrigen sei die Stadt Bielefeld auch weiterhin zur Aufnahme von zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen verpflichtet.

Herr Garbrecht regt an, politische Bewertungen in Satzungen zum Ausdruck zu bringen und schlägt vor, § 2 der Satzung entsprechend anzupassen. In der anschließenden Diskussion wird keine Einigkeit erzielt, in welcher Weise dieses geschehen solle. Herr Kähler weist darauf hin, dass die Verwaltung keine politischen Bewertungen formulieren könne, sondern dieses durch die politischen Parteien erfolgen könne; er empfiehlt, konkrete Anträge dazu einzubringen; da die Verwaltung dann die Auswirkungen der Satzungsänderungen prüfen müsse. Herr Garbrecht regt außerdem an, die Satzung möglichst zu straffen. Frau Schulz weist darauf hin, dass die Satzung in ihrer jetzigen Form vom Rat so beschlossen sei.

Schließlich gibt Herr Garbrecht noch zu Bedenken, dass die Beauftragung von Dritten (z. B. Betreuungsleistungen) nicht allein von der Verwaltung entschieden werden solle, sondern eine Beteiligung des Sozial- und Gesundheitsausschusses wünschenswert sei.

An der Diskussion darüber beteiligen sich Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Herr Weber (CDU), Frau Cascante-Maristany, Frau Osthus und Frau Weißenfeld. Dabei bleibt offen, ob bzw. wie die jetzige Satzung hinsichtlich einer Zielformulierung geändert werden sollte.

Herr Garbrecht stellt im Namen der SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die jetzige Beratung wird als 1. Lesung gewertet und eine Beschlussfassung über die Satzungsänderung wird in die nächste Sitzung am 09.12.2008 vertagt.“

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Antrag zu.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB XII (Sozialhilfe)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6043/2004-2009

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Empfehlung des Deutschen Vereins zu den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II (§ 22 SGB II) -Stand der Umsetzung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Schulz erläutert, dass die Richtlinien der Stadt Bielefeld im Wesentlichen mit den Empfehlungen des Deutschen Vereins übereinstimmen.

Diese Übereinstimmungen beziehen sich im Einzelnen auf:

- Die Angemessenheit der Unterkunftskosten (u. a. Produkttheorie, Orientierung am qualifizierten Mietspiegel),
- die Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles (z. B. für Bewohnerinnen von Frauenhäusern, Wohnungslose, ältere, kranke und behinderte Menschen),
- das Kostensenkungsverfahren nach Überschreitung des Richtwertes (aktiver Hinweis auf Möglichkeiten zur Kostensenkung, Übernahme der Kosten für weitere 6 Monate,
- Berechnung, ob Aufforderung zur Senkung der Unterkunftskosten wirtschaftlich ist,
- Angemessenheit der Heizkosten das Verfahren zur Berücksichtigung des Warmwasseranteils in den Heizkosten.

Es bestehen lediglich Nuancen der Abweichung, insbesondere in den Punkten:

- Bei Kostensenkungsverfahren sehen die Empfehlungen des Deutschen Vereins zusätzlich vor, die konkrete Verfügbarkeit von günstigerem Wohnraum im Einzelfall nachzuweisen.

- Zur Bewertung, ob eine Aufforderung zur Kostensenkung wirtschaftlich gerechtfertigt ist, sollte sich nach der Empfehlung des Deutschen Vereins an den tatsächlichen Kosten im Einzelfall orientieren. Z. Zt. werden in Bielefeld Pauschalen zu Grunde gelegt.
- Zur Feststellung der angemessenen Heizkosten empfiehlt der Deutsche Verein ergänzend zu einer Nichtprüfungsgrenze, eine konkrete Einzelfallprüfung anhand baulicher und individueller Voraussetzungen vorzunehmen und den Leistungsberechtigten entsprechend zu belehren und einen Übergangszeitraum zur Anpassung einzuräumen. Dieses Verfahren ist im Gesetz so nicht geregelt. In Bielefeld erfolgt diese Belehrung nicht, sie erscheint jedoch sinnvoll.

Derzeit befinden sich Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH und die Stadtverwaltung dazu im Abstimmungsprozess. Die Richtlinien der Stadt Bielefeld werden laufend, auch in kurzen Abständen, der aktuellen Rechtsprechung und Kostenentwicklungen angepasst.

Herr Hanke informiert über die bei Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH eingegangenen Widersprüche. Im Jahr 2008 gab es 252 Widersprüche, die im Zusammenhang mit Kosten der Unterkunft bzw. Heiz- und Warmwasserkosten stehen – etwas weniger als in 2007. Nur ca. 1/6 dieser Widersprüche beziehe sich auf Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten – etwa die Hälfte auf Betriebs- und Heizkosten. Im Vergleich zwischen den 44 Arbeitsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen stehe die Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH auf Platz 6 mit einer Widerspruchsquote von nur 4,5%; Landesdurchschnitt seien 7,6% - bei einer Spannweite zwischen 2,3% und 17,3%.

Herr Dr. Zillies verweist darauf, dass die Widersprüche bei Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH in vier Kategorien gegliedert werden könnten, von denen jede einzeln zu betrachten lohnend wäre. Widersprüche zu Kosten der Unterkunft und Heizkosten bildeten eine dieser Kategorien. Herr Garbrecht entgegnet, dass die direkten Einwirkungsmöglichkeiten aber gerade auf diese Kategorie begrenzt seien. Er regt an, dass eine weitere Verbesserung der Widerspruchsquote, z. B. auf Platz 1 im Landesvergleich NRW zu kommen, angestrebt werden sollte, indem die Empfehlungen des Deutschen Vereins konsequent umgesetzt würden. Beigeordnete Herr Kähler gibt zu bedenken, dass auch dann mit Widersprüchen in nicht steuerbarem Ausmaß gerechnet werden müsse. Herr Weber (CDU) erläutert, dass Bielefeld schon in der Historie in diesem Bereich vergleichsweise gute Erfolge hatte.

Frau Schulz stellt abschließend in Aussicht, dass die Bielefelder Richtlinien entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins bis Anfang 2009 in enger Abstimmung mit der Arbeit*plus* in Bielefeld GmbH weiterentwickelt würden.

-.-.-

Zu Punkt 10

Bericht der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5763/2004-2009

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Ernennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6049/2004-2009

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Ernennung folgender neuer Mitglieder des Psychiatriebeirates für die genannten Institutionen:

**Beratungsstellen (Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG)
Frau Christiane Faist-Schweika**

**Niedergelassene Nervenärztinnen und Nervenärzte
Frau Dr. Claudia Kramer**

**Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
Frau Jutta Breyer**

**Amt für Jugend und Familie – Jugendamt -
Frau Annette Konopka.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**

- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Litke
(Schriftführer)